

Quo vadis Deutschland, wohin gehst Du?

Ein Meinungsbeitrag von Sonja Kosche aus der communitybasierten Beratung

Menschenfeindliche bis hin zu entmenschlichender Rhetorik erreicht inzwischen Mehrheiten in Deutschland. Die rechtsradikale Partei AfD hat Rassismus in Deutschland wieder salonfähig gemacht. „Wir werden sie jagen“ sagte einst Gauland und ist uns nur allzu gut in Erinnerung, wie die systematische Erfassung, Verfolgung und Ermordung unserer Menschen zu einem „Vogelschiss in der Geschichte“, zu erklären. Die systematische Ausrottung von Jüdinnen und Juden, Sinti*zze und Rom*nja, von Deutschland aus akribisch organisiert für ganz Europa. Die menschenfeindlichen Ideen der Nazis halten sich bis heute und bedingen Fluchten, aufgrund anhaltendem Ausschluss und Rassismus. Doch für Rom*nja nicht sichere Herkunftsländer wurden pauschal für sicher erklärt und Rom*nja nicht, wie von der vom Bundestag in Auftrag gegebenen Kommission empfohlen, als besonders schutzwürdige Gruppe anerkannt.

Die CDU scheut nicht mehr davor zurück unter dem entmenschlichenden Begriff „Zustrombegrenzung“ die viel beschworene Brandmauer in Kürze einstürzen zu lassen und macht sich infolgedessen unglaubwürdig. Der Aufschrei war heftig, aber kurz und vor allem brachte er kein Umdenken im Wahlkampf mit sich. Die Parteien überboten sich im Wettbewerb darum, wer Deutschland besser vor („illegaler“) Migration schützt, die pauschal zum Problem erklärt wird, wenn man mal davon absieht, dass einzelne Menschen aufgrund ihrer Nützlichkeit für das System gewollt sind. Zu „illegal“ wurden immer wieder auch Rom*nja erklärt und reale Fluchtgründe negiert. Unsere Menschen werden zu nur „Armutsflüchtlings“ erklärt, die die deutschen Staatskassen ausrauben wollen. Kriminell und parasitär also seit inzwischen wie vielen Jahrhunderten? Diese Zuschreibungen führten in die Vernichtung. Die krude Diskussion lässt außer Acht, dass so genannte „Herkunftsländer“ auch Menschen zugeschrieben werden, die sich seit Generationen in Deutschland befinden, das Herkunftsland ihrer Vorfahr*innen und die dort gesprochene Sprache nicht kennen und denen es dennoch unmöglich gemacht wurde hier anzukommen, da sie über Jahrzehnte nur geduldet wurden und hier nicht arbeiten durften, keine deutsche Staatsangehörigkeit erlangen konnten.

Das Schreckgespenst der Remigration, das die AfD inzwischen ganz offen zum Wahlprogramm erklärte, tauchte ebenso auch bei der CDU auf, wenn sie es auch nicht so nannte. Sie will Menschen aufgrund krimineller Handlungen die deutsche Staatsbürgerschaft entziehen dürfen. Das retraumatisiert hier lebende Sinti*zze und Rom*nja. Es steht in bitterer Kontinuität, dass unsere Menschen auch nach 1945 erleben mussten, die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen zu bekommen, was sie in die Staatenlosigkeit stürzte und ihnen elementare Rechte verwehrte, obwohl die Familien seit Jahrhunderten hier lebten.

Wiederholt sich hier Geschichte? Erinnern wir die Worte von Primo Levi „Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen: darin liegt der Kern dessen, was wir zu sagen haben.“ In unserer Beratungsstelle mussten wir erleben, dass ein Vater von fünf Kindern, vier davon haben die deutsche Staatsbürgerschaft, Deutschland, wegen ihm vorgeworfener geringer Delikte, verlassen musste und für zu gefährlich für die innere Sicherheit erklärt wurde. Eine von uns mit beantragte Petition wurde, unter Zuhilfenahme rassistischer Zuschreibungen und in Sippenhaft nehmend, abgelehnt. Mit der Argumentation, die Kinder seien daran gewöhnt ohne ihn in auszukommen, wird ihnen das starke deutsche Grundrecht verwehrt, mit ihren Eltern aufzuwachsen. Seine in Stuttgart geborene Frau wird durch den Staat zur alleinerziehenden Mutter gemacht und ihr gleichzeitig mit ihrem ältesten Sohn die deutsche Staatsbürgerschaft verwehrt. Die Begründung ist, dass sie Bürgergeld empfängt. Nur wie sollte sie mit 5 kleinen Kindern arbeiten können? Der mit großem Abstand überwiegende Teil der alleinerziehenden Menschen in Deutschland sind Frauen, die Mehrheit dieser ist auf Unterstützung angewiesen. Woher kommt diese Ungleichbehandlung?

Vor allem wird sie mehr, hören wir doch im Endspurt des Wahlkampfes von Streichung des Bürgergeldes, wenn Menschen arbeiten könnten. Das Narrativ jeder Mensch könne arbeiten, greift in Deutschland bis heute und denkt ungleiche Chancen nicht mit. In unserer Beratungsstelle, in unseren Familien, im Freundeskreis mussten wir oft genug erleben, wie Menschen von gleicher Teilhabe ausgeschlossen werden.

Machtkritisches Denken konnte sich bis heute nicht durchsetzen. Im Gegenteil werden Menschen, die sich gegen Ungerechtigkeit und Rassismus stark machen zu „woke“ erklärt und diffamiert, an den linken Rand

erklärt. Das dient der weiteren Spaltung. Der bis heute so genannte „rechte Rand“ stellt inzwischen die zweitstärkste Partei, ist also längst keine Randerscheinung mehr. Dieser Fakt muss endlich in der deutschen Bevölkerung ankommen. Ebenso sollten die Wähler*innen dieser Partei, aus der Naziparolen skandiert werden, nicht länger verharmlost werden. Wer Naziparolen und „Remigration“ wählt, der will genau das.

Die Situation in Deutschland gestaltet sich für Sinti*zze und Rom*nja zunehmend gefährlich, wenn wir uns anschauen, wer heute im deutschen Bundestag und Landtagen sitzt und in Regierungsverantwortung kommen könnte. Konkret auf uns bezogen wurden 2013 Alice Weidels Worte: „Der Grund, warum wir von kulturfremden Voelkern wie Arabern, Sinti und Roma etc ueberschwemmt werden, ist die systematische Zerstoeung der buergerlichen Gesellschaft als moegliches Gegengewicht von Verfassungsfeinden, von denen wir regiert werden“, bekannt. Das erinnert fatal an 1935. 2017 fragte Tillschneider von der AfD: „Kann es sein, dass wir ein Zigeunerproblem haben?“ und bediente damit nationalsozialistisch rassistische Diffamierung. 2021 erklärte uns Markus Frohnmeier im deutschen Bundestag zu „Z***“. Ich saß selbst mit auf der Ehrentribüne. Wir bekamen keine Möglichkeit zu widersprechen, Kubicki (FDP) ließ ihn gewähren. In 2018 stellte Carsten Hütter von der AfD eine kleine Anfrage zu Sinti und Roma in Sachsen, in der er Meldeadressen abfragte. In nationalsozialistischer Manier wollte er wieder Zahlen zu Sinti*zze und Rom*nja, in Bezug zu rassistischer Diffamierung erfassen lassen. 2025 wurde Hütter mit den Stimmen der CDU in die Parlamentarische Kontrollkommission gewählt, um die Aktivitäten der Staatsregierung zur Aufsicht über das Landesamt für Verfassungsschutz und die Tätigkeit des Landesamtes zu kontrollieren.

Das gibt berechtigten Grund zur Sorge. Nicht wenige unserer Menschen machen sich schon länger dazu bereit notfalls das Land zu verlassen, andere sprachen bereits davon in den Untergrund zu gehen. Wenn Deutschland weiterhin für seine so genannten Minderheiten da sein und unseren Schutz gewährleisten, die Vielfalt dieser Gesellschaft erhalten will, dann muss es sich jetzt sofort bewegen, bevor es zu spät ist.

Geht am Sonntag wählen und wählt die Parteien, die für soziale Gerechtigkeit und für die Menschenrechte, gegen Rassismus und Antisemitismus stehen, zum Schutz für uns alle und eine lebendige Gesellschaft.